

**ANTWORTEN VON
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
AUF DIE FRAGEN DES
PROJEKTS BUNDESTAGSWAHL 2013
DEUTSCHE EINHEIT**

***BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN***



**Antworten auf die 5 Fragen des PROJEKT BUNDESTAGSWAHL 2013 – DEUTSCHE EINHEIT
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN**

Frage 1:

Was bedeutet für Sie persönlich der Fall der Mauer vor fast 25 Jahren — und was die Deutsche Einheit?

Antwort: Der Mauerfall und die damit verbundene friedliche Wiedervereinigung Deutschlands war, ist und bleibt ein Glücksfall in der Geschichte unseres Landes. Seitdem haben wir vieles gemeinsam erreicht. Es freut mich sehr zu sehen, dass die Menschen aus Ost- und Westdeutschland wieder zusammen gefunden haben und Schubladendenken bzw. falsche Vorurteile weitestgehend der Vergangenheit angehören. Der damalige Wunsch nach Freiheit und Demokratie sollte uns allen immer wieder Vorbild und Beispiel dafür sein, dass dies keine Selbstverständlichkeit ist und wir unsere persönlichen Rechte schützen und dafür gemeinsam einstehen müssen.

Frage 2:

Welche Aufgaben im Zusammenwachsen der Menschen von Ost und West liegen weiterhin vor uns — und wie wollen Sie sie in Ihrer politischen Verantwortung verwirklichen?

Antwort: Die Befassung mit Fragen zur deutsch-deutschen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ist weiterhin wichtig. Wir brauchen neue Ideen und Projekte zur Entwicklung zukunftsfähiger gesellschaftlicher Strukturen in Ostdeutschland, aber auch gemeinsam bundesweit.

Die anhaltende Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen ist eine besondere Herausforderung für die Gesellschaft und die Wirtschaft in den neuen Bundesländern. Diese müssen wir als Lebens- und Arbeitsraum so stärken, dass junge Menschen dort bleiben, zurückkehren oder auch neu dorthin ziehen können. Nur so können wir die sich abzeichnende Lücke bei Fachkräften und Hochqualifizierten schließen.

Der „Aufbau Ost“ hat viel zum Positiven verändert, konnte aber nicht alle Probleme lösen und schaffte teilweise Neue. Demografische Entwicklung und Globalisierung treffen in Ostdeutschland auf regionale Besonderheiten wie industrielle Umstrukturierung und zu wenig private Industrieforschung sowie ländliche Räume mit kleinteiligen Wirtschaftsstrukturen. Technokratische und industriepolitische Strategien allein werden diesen Herausforderungen nicht gerecht. Auf die eigenen Potenziale zu setzen, den Blick über den Tellerrand zu wagen und neuen Entwicklungen die Pfade zu ebnet — darin sehen wir Grüne die Chance für eine solide und eigenständige Entwicklung Ostdeutschlands.

In einem Beschluss zur Entwicklung in Ostdeutschland (http://www.gruene-bundestag.de/medien/publikationen_ID_2000006/publikation/reader-gruene-impulse-fuer-ostdeutschland.html) präsentieren wir 16 Impulse, mit denen unsere Vision von Ostdeutschland im Jahre 2020 Schritt für Schritt zur Realität werden kann.

Wir zeigen exemplarisch, dass Ideen, die auf bündnisgrünen Grundüberzeugungen aufbauen, Perspektiven für ostdeutsche Regionen bieten.

Frage 3

Wie können Sie sich eine Aufwertung des Nationalfeiertags am 3. Oktober vorstellen? Wie stehen Sie zu dem Anliegen, den 3. Oktober als einen Tag unter dem Motto ‚Danken Feiern Beten‘ als öffentliche Veranstaltung unter Beteiligung der christlichen Kirchen in möglichst vielen Orten zu begehen?

Antwort: Unabhängig davon, ob jemand einem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis folgt oder auch nicht, so bleibt der Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober der Nationalfeiertag für alle Bürgerinnen und Bürger. Glaubensgemeinschaften sind wie andere zivilgesellschaftliche Gruppen eingeladen und aufgerufen, sich an diesem Tag mit ihren Anliegen und Vorstellungen einzubringen. Eine Ausgestaltung staatlicher Veranstaltungen in einer Weise, die nicht gläubige Menschen ausgrenzt, können wir nicht befürworten. Das würde weder der religiös-weltanschaulichen Pluralität der Gesellschaft noch dem Charakter des Einheitstages gerecht werden.

Frage 4

Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach für die Politik die jüdisch-christlichen Werte — wie Nächstenliebe, Frieden, Versöhnung, Sonntagsruhe, Würde jeder menschlichen Person am Lebensanfang und am Lebensende, Ehe und Familie, usw. — im Kontext einer multikulturellen Gesellschaft?

Antwort: Unsere plurale, demokratische Gesellschaft setzt sich aus Werten, die vielen unterschiedlichen Quellen entstammen, zusammen.

Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind aus vielfältigen Wurzeln zusammengewachsen. Christinnen und Christen waren und sind an der Entwicklung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aktiv beteiligt, ebenso Menschen jüdischen oder muslimischen Glaubens. Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit. Grüne Politik ist dem Maßstab der Gerechtigkeit verpflichtet. Unsere Anliegen ist eine Gesellschaft, in der die Menschenrechte unteilbar und universell gültig sind und in der Selbstbestimmung in Verantwortung verwirklicht werden kann.

Frage 5

Brauchen wir neben einer Kultur des Gedenkens auch eine Kultur des Verzeihens, der Versöhnung und die Überwindung des Schweigens für Opfer und Täter nach dem Ende der DDR? Wie stehen Sie dazu im Hinblick auf die 25-Jahr-Feiern am 09. November 2014 und 03. Oktober 2015? Was sollte bis dahin geschehen und wie sollten diese Jubiläen dazu beitragen?

Antwort: Menschen, die sich gegen den totalitären DDR-Staat aufgelehnt haben, wurden politisch verfolgt und in ihrer Freiheit beträchtlich eingeschränkt. Auf Grund dieses unglaublichen Unrechts ist es umso wichtiger politisch Verfolgte endlich angemessen zu würdigen, zu entschädigen und Gerechtigkeitslücken zu schließen.

Gesellschaftlicher Frieden ist für uns ein hohes Gut. Menschen können sich ändern, ihre Taten bereuen und sich in der demokratischen Grundordnung bewähren. Dem sollte Rechnung getragen werden und nach mehr als 20 Jahren sollte auch den Tätern eine zweite Chance ermöglicht werden. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich aus diesem Grund beispielsweise gegen eine uferlose Ausweitung der Überprüfung auf Stasi-Tätigkeiten im öffentlichen Dienst und eine erzwungene Umsetzung von ehemaligen Mitarbeitern der Staatssicherheit aus der Stasi-Unterlagenbehörde ausgesprochen (hierzu unser Antrag 17/7199). Die Idee der Versöhnung könnte in die Konzeption der Jugend- und Begegnungsstätte auf dem Gebiet der ehemaligen Stasi-Zentrale einfließen und damit Bestandteil des Gedenkens werden.